

# Der Ruhestörer

Bundesbank-Chef Weidmann schaltet auf Angriff: Er stemmt sich gegen die Pläne der EZB, im großen Stil Anleihen kriselnder Euro-Länder aufzukaufen. Kommt das Programm, wird der Weg in eine europäische Schuldenunion geebnet.



EZB-Präsident Draghi



Bundesbank-Chef Weidmann



Bundesbankzentrale, EZB-Neubau (hinten l.) in Frankfurt am Main

DIETER KÜHLER (M.); MARIO VEDDER / DRPD (O.L.); BERT BOSTELMANN / BILDPOLIO / DER SPIEGEL (O.R.)

Volker Bouffier gibt gern den letzten Konservativen in der CDU. Der hessische Ministerpräsident poltert gegen Schwulenehe und Multikulti, fordert den Erhalt der Hauptschule, und auch in Fragen der Geldpolitik präsentierte sich der Christdemokrat bislang stets als Verfechter traditioneller deutscher Tugenden. „Die Europäische Zentralbank kann nicht zu einer Institution werden, die Versäumnisse in einzelnen Staatshaushalten wie in Italien ausglei-

chen kann“, sagte er noch vor kurzem. „Das entspricht nicht ihrem Auftrag.“

Am Montag vergangener Woche war ein neuer Bouffier zu erleben. Der Landesvater hatte Bundesbank-Präsident Jens Weidmann, 44, in die Staatskanzlei geladen, der seit Wochen gegen Pläne der Europäischen Zentralbank (EZB) wettet, im großen Stil italienische und spanische Staatsanleihen aufzukaufen. Bouffiers Ministerriege hatte sich um den Kabinetttisch versammelt. Doch kaum hatte Weidmann sei-

ne Position im Streit mit EZB-Präsident Mario Draghi bekräftigt, setzte der hessische Regierungschef zur Überraschung der Teilnehmer neue Prioritäten. Noch wichtiger als konservative Werte sind ihm offenbar die Werte südeuropäischer Anleihen in Frankfurter Bankbilanzen.

Natürlich sei er noch immer für stabile Preise, wand sich Bouffier. Doch die Stimmung an den Finanzmärkten sei äußerst fragil. Es handele sich zwar um einen Sündenfall, dennoch sehe er zu massiven Ein-

griffen der Zentralbank keine Alternative mehr. „Die Mittel der Politik sind erschöpft.“

Es wird einsam um den Präsidenten der Bundesbank, nicht nur in der Provinz- etage der deutschen Politik.

Schon lange fordert eine mächtige Phalanx westlicher Staatsmänner von US-Präsident Barack Obama über Frankreichs Staatschef François Hollande bis zu Großbritanniens Premierminister David Cameron, Weidmann möge endlich

seinen Widerstand gegen verstärkte Einsätze der Euro-Notenpresse aufgeben. Nun kehren ihm auch einstige Verbündete den Rücken. Deutschlands mächtige Privatbanken haben sich zuletzt genauso an die Seite Draghis gestellt wie Weidmanns EZB-Kollege Jörg Asmussen oder eine Mehrheit der Geldpolitiker aus Nord-europa.

Der Bundesbank-Chef ist in die Defensive geraten, jetzt ergreift er die Flucht nach vorn. Im SPIEGEL-Gespräch erläu-

tert Weidmann, warum er den Kurs der Euro-Retter für verfehlt hält. „Wir sollten die Gefahr nicht unterschätzen“, sagt er, „dass Notenbankfinanzierung süchtig machen kann wie eine Droge“ (siehe Seite 74).

Dass der Aufstand der Bundesbank den Draghi-Plan verhindern kann, ist freilich nicht zu erwarten. Die Euro-Verträge werden erneut gebrochen. Vor zwei Jahren setzten Europas Regierungen im Zuge der Griechenland-Krise das Prinzip außer

Kraft, dass kein Währungsland für die Schulden eines anderen haften darf. Jetzt steht ein ähnlich fundamentaler Grundsatz zur Disposition: das Verbot, staatliche Haushalte mit Hilfe der Notenbank zu finanzieren.

Die Risiken sind beträchtlich. Setzt Draghi seinen Vorschlag durch, könnten Europas Zentralbanker mittelfristig die Kontrolle über die Geldmenge verlieren, mit der Folge einer womöglich großen Inflation. Die Regierungen Südeuropas könnten es als Signal missverstehen, dass sie auch ohne schmerzhaft Reformen an billiges Geld kommen. Und den deutschen Steuerzahlern würden weitere Milliardenrisiken aufgebürdet, ohne dass die Bürger dabei auch nur ein einziges Wörtchen mitreden könnten.

Doch auf demokratische Grundsätze kommt es den Rettungspolitikern des Kontinents schon lange nicht mehr an. Sie sind verzweifelt, weil auch ihr 17. Währungsgipfel die Krise nicht stoppen konnte. Nun sind sie froh, dass Draghi ihnen die Arbeit abnimmt.

Staatsanleihekäufe – das klingt harmlos und technisch, doch die Waffe, mit der Europas oberster Geldpolitiker nun in die Schlacht zieht, wirkt im Kern nicht anders als jene Euro-Bonds, die Kanzlerin Merkel ausgeschlossen hat, solange sie lebe. Kein Wunder, dass sie den Draghi-Vorschlag nun mit ihrem typischen Doppelsprech begleitet. Daheim beruhigen ihre Vertrauten, es sei doch gut, wenn jemand die Grundsätze der Bundesbank hochhalte. In Brüssel signalisiert



Euro-Retter Merkel, Hollande: 17 Gipfel konnten die Krise nicht stoppen



Europapolitiker Monti, Rajoy: Wann kehrt das Vertrauen zurück?

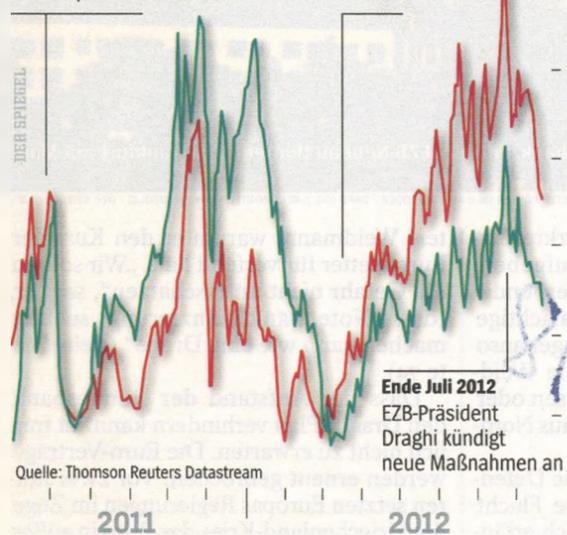
### Nervöse Märkte

Renditen für zehnjährige Staatsanleihen

— Italien — Spanien

**Anfang August 2011**  
Die EZB kündigt an, das Ankaufprogramm für Staatsanleihen auch auf italienische und spanische Papiere auszuweiten

**seit Mitte März 2012**  
Die EZB kauft keine neuen Anleihen mehr



Quelle: Thomson Reuters Datastream

sie dagegen, dass der Draghi-Plan ihre volle Unterstützung genieße.

Tatsächlich sind die Positionen unvereinbar, sollte die Euro-Krise weiter eskalieren. Weidmann will, dass Krisenländer aus der Währungsunion ausscheiden müssen, wenn anders die Geldwertstabilität nicht zu sichern ist. Merkel dagegen will die Währungsunion um jeden Preis zusammenhalten, auch wenn das Inflation oder Finanz-Crashes bedeutet.

Der Bundesbank-Chef verliert nun auch die Kanzlerin als Verbündete. Und das, obwohl er ihr fünf Jahre lang als Wirtschaftsberater gedient hatte.

Wenn Merkel damals zu Währungsfragen oder auf Finanzgipfeln vor die Kameras trat, stand Weidmann stets im Hintergrund, ein schmäler Mann mit jungenhaftem Aussehen, die braune Akten-tasche kunstvoll unter den

Arm geklemmt. Er war ein Mitarbeiter nach ihrem Geschmack: schnell im Kopf, verschwiegen in der Sache und loyal bis zur Selbstverleugnung.

Der promovierte Volkswirt redete nur, wenn er gefragt wurde; und falls er in Hintergrundgesprächen doch einmal ausführlich Stellung bezog, gelang er ihm spielend, noch langweiligere Formulierungen zu finden als seine Chefin. „Sprechende Büroklammer“ war noch der harmloseste Spott der Journalisten.

Entsprechend sicher waren Beobachter, dass sich Weidmann in seinem neuen Amt flexibler zeigen werde als die bisherige Riege deutscher Geldpolitiker. Amtsvorgänger Axel Weber war im Widerstand gegen Anleihekäufe zurückgetreten, EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark tat es ihm kurz nach Weidmanns Wechsel nach.

Umso erstaunlicher war, dass der Neue die deutschen Positionen bald noch härter vertrat – und das auch in aller Öffentlichkeit. Hatten Weber und Stark ihre Kritik still in sich hineingefressen, warnte Weidmann fortan in Reden, Zeitungsaufsätzen und Interviews vor den Risiken einer falsch verstandenen Euro-Rettungspolitik. Im EZB-Rat wurde er regelmäßig überstimmt: Doch Behördenchef Draghi merk-

te bald, dass es sich empfahl, auf Weidmanns schärfste Waffe Rücksicht zu nehmen: das tiefsetzende und wohlbegründete Misstrauen, das die Bürger stets erfasst, wenn die Politiker an die Hebel der Geld-druckmaschine drängen.

So war Weidmanns Widerstand absehbar. Als Draghi vor wenigen Wochen erneute Anleihekäufe ins Gespräch brachte. Angesichts steigender Zinsen für Spanien und Italien sah sich Draghi Ende Juli bei einer Rede in London genötigt, ein Machtwort an die Märkte zu richten. Ohne Absprache mit seinen Kollegen im EZB-Rat kündigte er an, die Frankfurter Währungsbehörde werde alles unternehmen, um den Euro zu retten. „Und glauben Sie mir, das wird ausreichend sein“, fügte er ergutgelaunt an.

Kurz darauf konkretisierte Draghi seine Pläne. Der Ankauf von Anleihen soll, anders als in früheren Fällen, an Bedingungen geknüpft werden. Nur solche Länder dürfen auf Hilfe hoffen, die zuvor unter den europäischen Rettungsschirm geschlüpft sind und sich einem Sanierungsprogramm beugen.

So wollte Draghi seinen Kritikern entgegenkommen, zur Freude der Berliner Regierung. Das Programm des Italiener

fänden Merkel und Schäuble „wichtig und wertvoll“, wie Mitarbeiter berichten. Schon die bloße Ankündigung durch Draghi habe Wirkung erzielt. Seit der Londoner Rede schmolzen die Risikoaufschläge auf spanische und italienische Staatsanleihen merklich ab.

Der EZB-Chef kauft mit seiner Strategie vor allem Zeit. Dass Weidmann sich notorisch widersetzt, quittieren Mitarbeiter von Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble mit einem Achselzucken. Im Kanzleramt, der alten Wirkungsstätte des jungen Bundesbank-Chefs, macht das böse Wort vom „Fundamentalisten“ die Runde. Und auch im Finanzministerium gilt Weidmann inzwischen als Ruhestörer. „Der eine legt das Mandat der EZB eben etwas enger aus, der andere etwas weiter“, sagt ein hochrangiger Beamter im Schäuble-Ressort mit einem Anflug von Fatalismus.

Kanzlerin Merkel zeigt intern jedenfalls wenig Verständnis für die hartleibige Position ihres ehemaligen Beraters. Weidmann und seine Truppen sollten sich nicht so anstellen.

Es ist der klassische Konflikt um eine Politik billigen Geldes. Die Regierung möchte das Medikament möglichst

schnell einsetzen, weil es so leicht zu haben ist. Die Bundesbank dagegen sieht die Risiken und Nebenwirkungen – und warnt davor, das entsprechende Rezept überhaupt auszustellen. Schließlich haben die Währungshüter nach Ansicht der Bundesbank vor allem eine Aufgabe: Sie müssen die Preise stabil halten. Kaufen sie Staatsanleihen auf, um deren Zinsen zu senken, mischen sie sich in die Finanzpolitik ein, eine klassische Aufgabe der Regierung.

Das kann fatale Konsequenzen haben. Mit ihren Aufkäufen flutet die EZB die Märkte mit Geld. Sammelt sie es nicht an anderer Stelle wieder ein, bläht sie die Menge der umlaufenden Zahlungsmittel immer weiter auf. Nach aller Erfahrung und Theorie entlädt sich der Geldimpuls früher oder später in steigenden Preisen. Das nennt man Inflation, und genau die sollen Notenbanker laut ihrem gesetzlichen Auftrag unbedingt vermeiden.

Weidmann argwöhnt zudem, dass die EZB indirekt dazu beiträgt, die Staatshaushalte der Krisenstaaten zu finanzieren, was ihr laut den europäischen Verträgen verboten ist. Zwar kauft sie keine Anleihen direkt von den Regierungen, dennoch sei eine solche Politik „zu nah an einer Staatsfinanzierung durch die Notenpresse“, sagt er. Dahinter steht die Furcht, dass die Krisenländer das Kaufprogramm nutzen, um ständig neue Papiere auf den Markt zu werfen.

Zudem wird der Reformdruck auf die Regierungen geschwächt. Diese Erfahrung mussten die Frankfurter Notenbanker schon vor einem Jahr machen, als sie massenhaft italienische Staatsanleihen aufkauften, mit dem Erfolg, dass die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi umgehend alle Erneuerungsarbeiten einstellte.

Um das zu verhindern, will Draghi seine Hilfen diesmal nur unter Auflagen gewähren. Damit aber begibt sich die EZB erst recht in Abhängigkeit von der Politik; könnte sie doch künftig nicht mehr eingreifen, wenn sie es für richtig hält, sondern erst dann, wenn Politiker dafür die Voraussetzung geschaffen haben.

Das wiederum wirft neue Fragen auf: Hat die EZB dann überhaupt noch die Freiheit, Hilfe zu verweigern? Und mit welchem Recht kauft sie die Papiere des einen Staats für sieben, die des anderen aber für fünf Prozent?

Schäubles Fachleute haben die Gefahr für die Unabhängigkeit der Notenbank erkannt – und suchen nach Auswegen. Durchaus denkbar sei es, dass sich Italien oder Spanien künftig nicht einem Sanierungsprogramm des Rettungsschirms unterwerfen müssen, sondern nur eine Selbstverpflichtung gegenüber der EU-Kommission abgeben, heißt es im Finanzministerium. Der Vorteil: Die EZB wäre bei ihrem Vorgehen nicht abhängig von

# Showdown im Herbst

Griechenlands Euro-Schicksal wird sich beim EU-Gipfel im Oktober entscheiden.

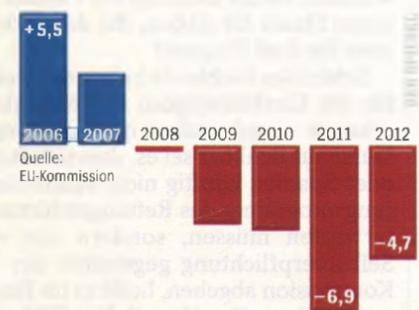
Sie umarmten sich, sie klopfen sich auf die Schulter, sie nannten sich „mein Freund“. Als Jean-Claude Juncker, der Luxemburger Premierminister und Präsident der Euro-Gruppe, am Mittwoch vergangener Woche den griechischen Premierminister Antonis Samaras in dessen Athener Amtssitz traf, ging es herzlich zu. Allerdings nur vor den Fernsehkameras. Hinter verschlossenen Türen wurde der Euro-Gruppen-Chef deutlich: Das Ende der Fahnenstange sei erreicht, die griechische Regierung könne von den Partnern keinerlei Rücksichtnahme mehr erwarten. Es sei nicht hilfreich, öffentlich ständig mehr Zeit für Reformen zu fordern, riet Juncker seinem Gastgeber.

Als der Vorsitzende der Partei Nea Dimokratia noch Oppositionschef war, zeigte er sich Ratschlägen seiner konservativen europäischen Parteifreunde gegenüber resistent. Jetzt lernt er offenbar schnell dazu. Bei seinem Besuch zwei Tage später in Berlin trug er seine Bitte, das Reformprogramm zu strecken, nicht mehr vor.

Zwei bis drei Wochen bleiben Samaras nun, ein Sparpaket von rund 14 Milliarden Euro für die kommenden zwei Jahre zu schnüren. Der Grieche verspricht, Staatsbetriebe zu privatisieren, Staatsbedienstete zu entlassen und Steuern effizienter einzutreiben. Ob sein neuer Kurs jedoch rechtzeitig Erfolge zeitigt, bezweifeln die Euro-Retter in Berlin und Brüssel.

## Leidensweg der Griechen

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, in Prozent



Den ganzen September lang wird die Troika der internationalen Geldgeber in Athen dann die Bücher prüfen. Ob der Bericht bis zur Sitzung der Euro-Finanzminister am 8. Oktober vorliegt, ist bereits fraglich. Im Brüsseler Ratsgebäude stellt man sich jedenfalls darauf ein, dass es beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 18. und 19. Oktober zum Helles-Showdown kommt.

Vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF) gibt sich in den Verhandlungen hart. Die IWF-Abgesandten halten Griechenlands Schulden für nicht tragfähig und drohen damit, sich ganz aus dem Hilfsprogramm zurückziehen. Einziger Ausweg: Die öffentlichen Gläubiger, allen voran die Europäische Zentralbank (EZB), erlassen Griechenland einen Teil seiner Schulden.

Die Bundesregierung steckt in einem Dilemma: Merkel hatte eine Teilnahme des IWF zur Bedingung für jede Griechenland-Rettung gemacht, ein Schuldenschnitt der öffentlichen Hand dagegen würde Deutschland viele Milliarden kosten.

Das alles kommt für Merkel ebenso wenig in Frage wie ein drittes Hilfspaket oder selbst die Streckung des bisherigen Programms um zwei Jahre, wie von Samaras gewünscht. Beides würde zusätzliches Geld kosten und das, so fürchtet die Kanzlerin, würden ihre eigenen Truppen im Bundestag kaum bewilligen.

Allenfalls kleine Zugeständnisse kann sich die Kanzlerin vorstellen. Es sei denkbar, dass die eine oder andere Tranche an Griechenland im bestehenden Hilfsprogramm aufgestockt werde, sagen Regierungsexperten. Aber lediglich dann, wenn die folgenden Überweisungen entsprechend gekürzt werden.

Ein Beamter vergleicht die Methode mit dem Versuch, sich unter einer zu kurzen Decke zu wärmen: Was man Richtung Hals ziehe, fehle eben an den Füßen.

So rückt das Szenario eines Euro-Austritts Griechenlands näher. Überall in der Euro-Zone versuchen Arbeitsgruppen zu ergründen, was dann



Premierminister Samaras, Bundeskanzlerin Merkel. Allenfalls kosmetische Zugeständnisse



passiert. Eine ist bei der EZB angesiedelt, eine bei der Bundesbank, eine im Bundesfinanzministerium. Alle drei kommen zu dem gleichen Ergebnis: Man weiß es nicht genau.

Besondere Schwierigkeiten bereitet den Experten, die Auswirkungen auf Konjunktur und Arbeitsmarkt zu kalkulieren. Niemand kann sagen, ob die Weltwirtschaft dann Richtung Abgrund taumelt oder ob sich Griechenland, Währungsunion und der Rest der Welt schnell wieder von dem Schock erholen würden.

Genau beziffern lässt sich hingegen, welche direkten Auswirkungen auf den Bundeshaushalt zukämen, wenn Griechenland den Euro aufgibt und seine Verbindlichkeiten an die Partnerländer nicht mehr zurückzahlt. Experten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) errechneten 2,5 Milliarden Euro jährlich. Allerdings werde die Summe einige Jahrzehnte lang fällig.

In Athen ist die Botschaft angekommen, dass ein „Grexit“ aus Sicht von Berlin, Helsinki oder Den Haag ökonomisch zu verkraften wäre. Daher versucht es der Konservative Samaras jetzt mit einer neuen Strategie: Er schürt die Angst vor Flüchtlingswellen. Sollte sich sein Land infolge eines Euro-Austritts destabilisieren, drohe dem Rest Europas ein Tsunami von Flüchtlingen.

CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT



Straßenkind in Athen: Horrorszenario der Euro-Retter

der Entscheidung der Euro-Finanzminister. Der Nachteil: Eine Selbstverpflichtung wäre nicht so verbindlich wie ein Programm des Rettungsschirms.

Wie auch immer die EZB-Aktionen ausgestaltet werden, die Anleihekäufe stellen nichts anderes dar als eine Vergemeinschaftung der Risiken durch die Hintertür. Während sich Angela Merkel weigert, eine Haftungsunion durch gemeinschaftlich garantierte Anleihen einzugehen, hat sie nichts dagegen, wenn diesen Job die EZB erledigt. Für die Risiken, welche die Notenbank mit den Anleihen angeschlagener Länder in ihren Tresoren anhäuft, haften alle Mitgliedsländer der Währungsunion, und zwar entsprechend ihrem Anteil am Kapital der EZB. Kein Wunder, dass SPD-Chef Sigmar Gabriel den Euro-Rettern vorwirft, Euro-Bonds mit anderen Mitteln zu schaffen.

Ökonomen und Investoren bezweifeln zudem, dass Draghis neues Programm auf Dauer die erhoffte Erleichterung schafft. Schließlich sind die bisherigen Erfahrungen ernüchternd: Schon von Mai 2010 bis Anfang 2012 griff die Notenbank auf den sogenannten Sekundärmärkten ein, auf denen die Anleihen nach ihrer Emission gehandelt werden. Insgesamt kaufte sie griechische, italienische und spanische Papiere im Wert von 211 Milliarden Euro. Doch nach kurzer Atempause für die angeschlagenen Länder schossen die Risikoaufschläge stets aufs Neue nach oben.

Ähnlich folgenlos könnte das neue Programm bleiben, warnt Oxford-Ökonom und Regierungsberater Clemens Fuest. „Wenn Investoren überzeugt sind, dass

ein Land pleite ist, kann daran auch eine Intervention der Notenbank nichts ändern“, sagt er. Andrew Bosomworth, Deutschland-Chef des weltweit größten Investors in Staatsanleihen, Pimco, fürchtet, dass das neue Programm nicht in erster Linie langfristige Geldgeber, sondern vor allem Spekulanten auf den Plan rufen wird. „Wenn die Zinsen für ein Land steigen, werden sie auf ein Eingreifen der EZB wetten“, sagt er. „Die nachhaltig orientierten Investoren werden erst zurückkehren, wenn sie wieder an das Projekt Euro-Zone glauben.“ Mit anderen Worten: Was das Finanz-Casino lahmlegen soll, bringt es erst recht in Schwung.

Groß sei die Gefahr, dass Gläubiger der Krisenstaaten am Ende schlicht große Teile ihrer Anleihebestände bei der EZB abladen, ohne dass den betroffenen Ländern langfristig geholfen wäre, warnen die Experten.

Es ist das Horrorszenario der Euro-Retter: Die Schuldenländer versinken im Abschwung, und in der Bilanz der Zentralbank türmt sich staatlicher Anleihe-schrott, der in keinem Verhältnis mehr zur realen Wirtschaftsleistung steht. Was dann bliebe, ist aus der Geldgeschichte bekannt: Inflation, Währungsreform, Vermögensschnitt.

Hinzu kommt, dass die neue EZB-Aktion nach Ansicht mancher Kritiker gar nicht erforderlich ist. Sie verweisen darauf, dass sich die Kennziffern in den Krisenländern zum Besseren wenden.

Da ist tatsächlich etwas dran. So haben sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone merklich abgebaut. Die

Leistungsbilanzdefizite aller Krisenländer bilden sich zurück – auch wenn man das vorsichtig betrachten sollte. Irland verzeichnet bereits einen Überschuss, der sich in den nächsten Jahren dem deutschen Niveau annähern könnte. Italien und Spanien stehen kurz davor, ihr Minus auszugleichen. Griechenland hat fast zwei Drittel seines Defizits abgebaut.

In allen Ländern, mit Ausnahme Italiens, sinken die Lohnstückkosten, ein wichtiger Gradmesser für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Entsprechend ziehen die Exporte an. Alle Schuldenländer konnten in den beiden zurückliegenden Jahren ihre Ausfuhren steigern.

Auch die finanzpolitischen Kennzahlen verbessern sich, weil die Sparmaßnahmen greifen. Italiens Premierminister Mario Monti will im nächsten Jahr seinen Staatshaushalt ausgleichen und läge damit auf ähnlichem Niveau wie Deutschland. Portugal hat sein Minus in den öffentlichen Kassen seit 2009 halbiert, auch Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy kommt voran. Merklich entspannt sich die Lage in Irland. Vor kurzem konnte sich die Regierung des Landes wieder Geld an den internationalen Finanzmärkten leihen.

Früher oder später, so die Optimisten, werden sich die guten Nachrichten aus den anderen Ländern ebenfalls durchsetzen. Dann kehre das Vertrauen in die Euro-Zone zurück, die Länder, vielleicht mit Ausnahme Griechenlands, könnten sich dann wieder selbst Finanzmittel beschaffen, ohne auf die Hilfe der Rettungsschirme angewiesen zu sein. Voraussetzung ist allerdings: Die Reformen werden



Demontage einer Euro-Skulptur in Frankfurt am Main: Die Europäische Zentralbank darf nicht zur Gelddruckmaschine werden

fortgesetzt und nicht etwa – unter dem Eindruck vermeintlich entlastender Stützungskäufe – vorzeitig abgebrochen.

Wie groß die Risiken sind, zeigen die Debatten, die Europas Währungshüter derzeit über die Details des Programms führen. Vertreter aus dem Süden sahen es am liebsten, wenn die EZB ohne jede Beschränkung an den Sekundärmärkten einkaufen geht. Eine Idee lautet, generelle Obergrenzen für die Zinsen von Staatsanleihen festzulegen oder den Zinsunterschied etwa zu deutschen Bonds künstlich einzuschränken.

Notenbanker aus dem Norden wollen dagegen nur in Extremsituationen Bonds von den Märkten kaufen, kurz, aber energisch, etwa wenn die Zinsen derart explodieren wie in der Woche vor Draghis Londoner Auftritt. Seit kurzem macht auch die Idee die Runde, intervallartige Eingriffe der EZB anzukündigen, etwa für Tage, an denen Staaten neue Anleihen begeben.

Welche Fraktion sich am Ende durchsetzt, ist offen. Anfang September werden die Vorschläge der zuständigen Arbeitsgruppen im Zentralbankrat erstmals diskutiert. Dann soll auch Weidmann noch mal ins Gewissen geredet werden.

Auf die Fundamentalopposition des Deutschen reagieren seine Ratskollegen ausgesprochen säuerlich. Von einem Machtkampf mit der EZB ist die Rede, ohne Rücksicht auf den Ruf der Notenbank. „Wir müssen nach außen mit einer Stimme sprechen“, heißt es eindringlich. Die Notenbanker stehen vor einem

Dilemma: Wenn ihr Krisenmanagement funktionieren soll, ist das Vertrauen der Investoren Voraussetzung. Die permanente Kritik aus den eigenen Reihen aber sei mitverantwortlich dafür, dass das erste Aufkaufprogramm zuletzt so klägliche Ergebnisse lieferte, sagen Notenbanker.

Doch dieser Logik will sich Deutschlands Chef-Währungshüter nicht beugen. Weidmann hält jedwedes Ankaufprogramm für falsch, und er will sich darin von niemandem umstimmen lassen, nicht von seinem Ex-Kommilitonen Asmussen und auch nicht von der Kanzlerin.

Die Regierungschefin und der Notenbanker haben viel geredet in den vergangenen Wochen, mal am Telefon, mal unter vier Augen im Berliner Kanzleramt. Das Resultat ist, dass sie vorerst eine Art Burgfrieden schließen.

Weidmann, der sich selbst nicht isoliert sieht, wird seine Kritik am Draghi-Programm weiter öffentlich machen, aber er wird es vorerst nicht torpedieren. Er wird die EZB-Beschlüsse umsetzen und keine Klage beim Europäischen Gerichtshof einreichen. Im Gegenzug will Merkel Verständnis zeigen für Weidmanns Positionen, unterstützen aber wird sie ihn nicht.

Es ist ein Patt, das beiden nutzt. Weidmann will den Konflikt nicht überziehen; schließlich möchte er irgendwann selbst an die Spitze der EZB rücken. Merkel wiederum ist interessiert, keinen Grundsatzzstreit mit der Bundesbank zu führen. Als Ministerin im Kabinett Kohl hat sie selbst erlebt, dass es sich für Regierungsmitglieder nicht auszahlt, sich mit der

Frankfurter Währungsbehörde anzulegen. Als 1997 der damalige Finanzminister Theo Waigel das Bundesbank-Gold neu bewerten lassen wollte, musste er das Vorhaben nach einem Proteststurm in den Medien erst einmal fallen lassen.

Merkel weiß, dass auch heute viele Mitglieder der Regierungsparteien eher hinter Weidmann als hinter ihr stehen. „Es hilft nicht, kurzfristig die Probleme mit aus Frankfurt gedrucktem Geld zuzuschütten“, warnt FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle. Auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hält es für „fatal, immer neue Anleihen von Schuldenstaaten aufzukaufen“. Der CDU-Wirtschaftsexperte Michael Fuchs unterstützt Weidmann „voll und ganz“. Die EZB dürfe nicht zur Gelddruckmaschine werden.

So stört Draghis Plan nicht nur die traditionelle Aufgabenteilung zwischen Finanz- und Geldpolitik, er belastet auch das Verhältnis zwischen Bundesbank-Chef und Kanzlerin. Der Konflikt ist beherrschbar, solange die Euro-Krise nicht eskaliert und keine EZB-Interventionen erforderlich sind. Müsste die Behörde aber erneut in dreistelligem Milliardenumfang südeuropäische Staatspapiere erwerben, wäre es mit dem Frieden bald vorbei.

Weidmann müsste sich, um glaubwürdig zu bleiben, dem Programm irgendwann widersetzen. Dann würde Merkel ihn fallen lassen, so wie sie alle fallen lässt, die ihr zu sehr in die Quere kommen.

CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA, ANNE SEITH



BERT BOSTELMANN / BILDFOLO / DER SPIEGEL

Bundesbank-Präsident Weidmann: „Das Vertrauen in die Architektur der Währungsunion ist verlorengegangen“

SPIEGEL-GESPRACH

# „Wie eine Droge“

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann, 44, über seinen Widerstand gegen die jüngsten Bazooka-Pläne von EZB-Chef Draghi, die bisherige Bilanz der Euro-Rettung und den Unterschied zwischen Zentralbankrat und Politbüro

**SPIEGEL:** Herr Weidmann, angeblich hat US-Präsident Barack Obama die Kanzlerin nach Ihrer Telefonnummer gefragt. Hat er Sie schon angerufen?

**Weidmann:** Ich habe keinen Anruf von Präsident Obama bekommen. Ich telefoniere gelegentlich mit US-Finanzminister Timothy Geithner. Es ist ein wichtiger Teil meiner Aufgaben, in Gesprächen mit Geld- und Finanzpolitikern aus aller Welt für die Positionen der Bundesbank zu werben.

**SPIEGEL:** Das scheint aber nicht sonderlich zu fruchten. In allen westlichen Hauptstädten, von Washington bis London, von Paris bis Rom, gelten Sie als der Mann, der den Euro zerstören will. Ist der Vorwurf berechtigt?

**Weidmann:** Nein, keineswegs. Ich will dazu beitragen, den Euro als stabile Währung zu sichern. Den Rahmen dafür bildet vor allem der Vertrag von Maastricht mit seinen Regeln und Auflagen für die europäische Finanz- und Geldpolitik. Daran orientiere ich mich.

**SPIEGEL:** Aber der Rahmen funktioniert ja nicht mehr.

**Weidmann:** Der Rahmen wurde gedehnt, zum Teil auch missachtet. Solange aber der politische Konsens fehlt und ein neuer Rahmen – wie zum Beispiel eine echte politische Union – nicht beschlossen ist, müssen wir uns an das halten, was vereinbart ist. Die Maastricht-Regeln sollen unter anderem verhindern, dass die Folgen schlechter Haushaltspolitik auf andere abgewälzt werden können. Bei 17 Staaten, die auf ihre Souveränität in Haushaltsfragen pochen, brauchen Sie solche Regeln, sonst gibt es keinen Anreiz für solides Wirtschaften. Deshalb gilt es bis auf weiteres, den Maastricht-Rahmen gezielt zu verbessern und ihm wieder Gültigkeit zu verschaffen.

**SPIEGEL:** Das sehen die Regierungen ähnlich, und so haben sie den Fiskalpakt geschlossen, mit dem Brüssel die nationalen Haushalte besser überwachen kann. Ist das der richtige Weg?

**Weidmann:** Das ist ohne Zweifel ein Fortschritt, es reicht aber allein nicht aus. Die Ursachen der Krise liegen im hohen Verschuldungsgrad, in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedsländer und nicht zuletzt im verlorengegangenen

Vertrauen in die Architektur der Währungsunion. Diese grundlegenden Probleme müssen alle konsequent, ohne zu zögern, und mit einem langen Atem angepackt werden. Das dient dem Zusammenhalt und der Glaubwürdigkeit der Währungsunion.

**SPIEGEL:** Aber das geschieht doch. In ganz Südeuropa wird derzeit gespart und reformiert, nur erkennen die Finanzmärkte die Fortschritte nicht an und treiben die Zinssätze in schwindelerregende Höhen. Warum sträuben Sie sich, wenn Zentralbank-Präsident Mario Draghi nun zur Entlastung im großen Stil südeuropäische Staatsanleihen kaufen will?

**Weidmann:** Schon die bisherigen Staatsanleihenkäufe habe ich kritisch gesehen. Dabei war ich auch keineswegs allein. Eine solche Politik ist für mich zu nah an einer Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Die Notenbank kann damit die Probleme nicht grundlegend lösen. Sie läuft Gefahr, neue Probleme zu schaffen.

**SPIEGEL:** Muss man nicht hin und wieder mal Dogmen brechen, wenn man Schlimmeres verhindern will?

**Weidmann:** Es geht nicht um Dogmen, es geht darum, in einer Vertrauenskrise Vertrauen wieder neu zu schaffen, und es geht um zentrale geldpolitische Lehren aus der Vergangenheit.

**SPIEGEL:** Jetzt kommen Sie wieder mit der deutschen Hyperinflation von 1923.

**Weidmann:** Nein, im Vertrag von Maastricht spiegeln sich Lehren aus der europäischen Nachkriegsgeschichte. So waren die Notenbanken vieler westlicher Industrienationen in den siebziger Jahren im Schlepptau der Konjunktur- und Fiskalpolitik. Frei nach dem Motto, fünf Prozent Inflation sind besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis war, dass Geldentwertung und Erwerbslosigkeit gleichzeitig stiegen. Aufgrund solcher Erfahrungen wurde das Eurosystem nach den Traditionen der Bundesbank einzig auf das Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtet.

**SPIEGEL:** Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Ist es das, was Sie meinen?

**Weidmann:** Keineswegs, es geht um erfolgreiche geldpolitische Grundsätze, und da ist es nun mal so, dass es offensichtlich gerade der Bundesbank gelungen ist, sehr

großes Vertrauenskapital aufzubauen. Es hat sich bewährt, dass eine Notenbank unabhängig von der Finanzpolitik ist und keine staatlichen Haushalte finanziert. Diese Prinzipien sind kein Selbstzweck, sie sollen verhindern, dass die Notenbank in Gefahr gerät, ihre Hauptaufgabe zu vernachlässigen: die Preise stabil zu halten. In den siebziger Jahren kam es in einigen Ländern, die heute Mitglied der Währungsunion sind, zu zweistelligen Inflationsraten. Ich erinnere Sie an die Geschichte der Banca d'Italia. Wie schwer hat sie darum kämpfen müssen, sich aus der Umklammerung durch das Finanzministerium zu befreien, und dies dann zu Recht als großen Erfolg gefeiert.

**SPIEGEL:** Auch die Bundesbank hat schon einmal Staatsanleihen gekauft, wenn es eng wurde.

**Weidmann:** Das war ebenfalls in den siebziger Jahren. Das Ausmaß war aber geringer als anderswo, und die Staatsschulden waren deutlich niedriger. Nichtsdestotrotz hat die Bundesbank dies offenbar als Fehler erkannt, den sie dann korrigiert hat.

**SPIEGEL:** Das mag in jener Zeit die richtige Politik gewesen sein. Derzeit ist aber nirgendwo in Europa etwas von Inflation zu sehen, dafür ruft praktisch die gesamte europäische Politik nach Unterstützung der Zentralbank. Gibt Ihnen das nicht zu denken?

**Weidmann:** Auch ich sehe keine unmittelbare Inflationsgefahr. Aber wenn sich die Geldpolitik als umfassender politischer Problemlöser einspannen lässt, droht ihr eigentliches Ziel mehr und mehr in den Hintergrund zu rücken. Stabile Preise sorgen nicht nur dafür, dass die Marktwirtschaft besser funktioniert. Sie schaffen auch die Grundlage, dass Unternehmen, die investieren wollen, verlässlich kalkulieren können. Sie schützen das Geldvermögen der Sparer. Sie sorgen dafür, dass man morgen noch von seinem Einkommen leben kann. So gesehen ist Stabilitätspolitik die beste Sozialpolitik.

**SPIEGEL:** Das ist in den USA nicht anders. Dennoch hat die amerikanische Zentralbank Fed im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise große Mengen an Staatspapieren erworben, ohne dass sie

damit große Besorgnisse ausgelöst hätte. Beeindruckt Sie das gar nicht?

**Weidmann:** Der Vergleich hinkt. Die Fed hilft doch nicht einem klammen Staat aus der Patsche. Sie verteilt auch nicht Risiken um zwischen den Steuerzahlern einzelner Länder. Sie kauft die Anleihen eines bonitätsstarken Zentralstaats. Kalifornische Anleihen oder die Anleihen anderer Bundesstaaten rührt sie nicht an. Das ist etwas völlig anderes als in Europa.

**SPIEGEL:** Wie meinen Sie das?  
**Weidmann:** Wenn die Euro-Notenbanken Staatsanleihen einzelner Länder kaufen, landen die Papiere in der Bilanz des Eurosystems. Letztlich stehen dafür die Steuerzahler aller anderen Länder gerade. In Demokratien sollten über eine so umfassende Vergemeinschaftung von Risiken die Parlamente entscheiden und nicht die Zentralbanken. Europa ist stolz auf seine demokratischen Prinzipien, sie prägen die europäische Identität. Auch das sollten wir bedenken.

**SPIEGEL:** Ihr Zentralbank-Kollege Jörg Asmussen, mit dem Sie gemeinsam studiert und lange in der Bundesregierung zusammengearbeitet haben, versteht unter Stabilitätspolitik, dass an der Währung und ihrem Fortbestehen keinerlei Zweifel aufkommen darf. Geben Sie ihm recht?

**Weidmann:** Ich bin völlig einig mit Jörg Asmussen, dass am Charakter des Euro als stabiler Währung und damit an seinem Fortbestand keine Zweifel aufkommen dürfen. Gerade deshalb sollten wir nicht nach dem Motto verfahren, Not kennt kein Gebot. Aus gutem Grund gibt es eine klare Aufgabenteilung. Die Notenbank ist für die Geldwertstabilität zuständig; dagegen ist es Sache der nationalen und der europäischen Politik, über die Zusammensetzung der Währungsunion zu bestimmen. Nicht die Notenbanken haben entschieden, welche Länder der Währungsunion beitreten dürfen, sondern die Regierungen.

**SPIEGEL:** Wollen Sie damit sagen, dass Mitgliedsländer unter Umständen auch aus der Euro-Zone ausscheiden müssen?

**Weidmann:** Würde man die Zentralbank dazu verpflichten, den Verbleib von Mitgliedsländern in der Euro-Zone um jeden Preis zu garantieren, könnte sie in einen Konflikt mit ihrer wichtigsten Aufgabe geraten, die Preise stabil zu halten. Auch sehe ich nicht, wie man grundsätzlich ausschließen kann, dass ein souveränes Mitgliedsland beschließt, die Währungsunion zu verlassen.

**SPIEGEL:** Einen Austritt aus der Währungszone sehen die europäischen Verträge aber nicht vor. Müsste sich das ändern?

**Weidmann:** Die europäischen Politiker diskutieren doch seit einer Weile, was pas-

sirt, wenn sich Länder nicht an Verhandlungen halten ...

**SPIEGEL:** ... sie würden keine Hilfsgelder mehr bekommen und damit de facto gezwungen sein, aus der Währungsunion auszuschneiden ...

**Weidmann:** ... käme es dazu, dürfte sich die Notenbank dem nicht entgegenstellen, indem sie beispielsweise ausbleibende Hilfsgelder ersetzt.

**SPIEGEL:** Sie verlangen ziemlich viel von der Politik. Ist es da nicht recht und billig, wenn auch die Notenbank einen Beitrag leistet und zum Ankauf von Staatsanleihen bereit ist, wie es Draghi vorschlägt? Schließlich soll es sich lediglich um eine vorübergehende Maßnahme handeln.

**Weidmann:** Das ist die damit verbundene Hoffnung. Aber diese Tür wird nur sehr schwer wieder zu schließen sein, wenn

### Knausrig oder spendabel?

Von der Europäischen Zentralbank (EZB) angekaufte Staatsanleihen von Euro-Krisenländern



Stand:  
August 2012

sie erst einmal geöffnet ist. Der Geldsegen der Zentralbanken würde anhaltende Begehrlichkeiten wecken und zu einer Vergemeinschaftung von Risiken führen.

**SPIEGEL:** Haben wir die nicht längst? Der frühere Außenminister Joschka Fischer behauptet, dass die längst Realität ist, und der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider beziffert das deutsche Euro-Risiko schon jetzt auf eine Billion Euro.

**Weidmann:** Ich möchte hier nicht einzelne Berechnungen kommentieren. Richtig ist jedenfalls, dass Deutschland, aber auch viele andere Länder bei der Stabilisierung der Euro-Zone beträchtliche Risiken über-

nommen haben. Dafür haben sich die Länder in den fiskalischen Rettungsprogrammen zu schmerzhaften Reformen verpflichtet. Hilfen der Finanzpolitik gegen Reformen: Dieser Ansatz der europäischen Rettungspolitik ist im Prinzip richtig, er funktioniert aber nur, wenn die zugrunde liegenden Probleme auch wirklich angepackt werden, wenn die Programme so gestaltet und auch überprüft werden, dass die Haushaltsdisziplin nicht verlorengeht.

**SPIEGEL:** Ihre Analyse setzt voraus, dass die Finanzmärkte in der Euro-Krise stets rational handeln. Das ist aber nicht der Fall. Wenn Spanien ein Programm zur Bankenrettung im Umfang von 100 Milliarden Euro auflegt, steigen anschließend die Anleihezinsen. Sagt EZB-Präsident Draghi drei rätselhafte Sätze, gehen die Renditen in den Keller.

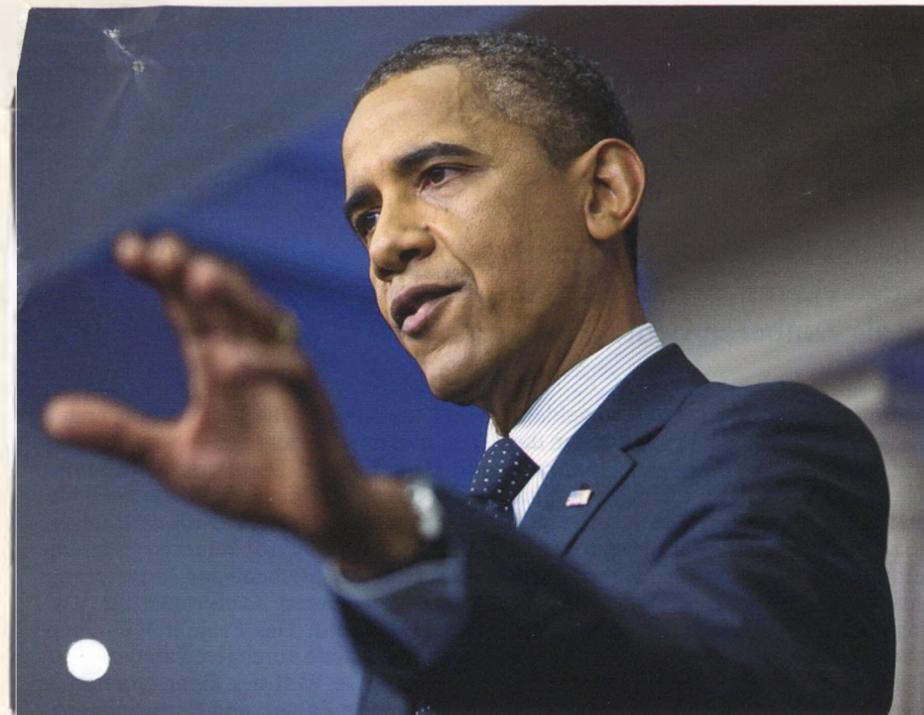
**Weidmann:** Das muss nicht irrational sein. Niemand bestreitet, dass die Notenbank die Macht hat, die Märkte kurzfristig zu beeinflussen. Und dennoch ist die Notenbank nicht allmächtig. Erinnerung: Sie sich noch, welche euphorische Kommentare zu lesen waren, als das Eurosystem zum ersten Mal Staatsanleihen gekauft hat? Oder wie die Märkte im Winter Liquiditätshilfen der Zentralbank für europäische Banken bejubelt haben?

Aber wir wissen: Die grundlegenden Probleme werden hierdurch nicht gelöst. Unser Handeln beruht auf Vertrauen. Immer mehr und mehr schafft nicht immer mehr Vertrauen. Auf Dauer kann die Notenbank Vertrauen nur bewahren, wenn sie sich bei ihren Maßnahmen an das Mandat hält, das ihr übertragen worden ist.

**SPIEGEL:** Sie haben schon vor einiger Zeit gesagt, dass die Notenbank ihr Mandat inzwischen ausgereizt habe. Wird es mit Mario Draghis neuen Konzepten überschritten?

**Weidmann:** Ich möchte jedenfalls vermeiden, dass die Geldpolitik unter der Dominanz der Fiskalpolitik gerät.

**SPIEGEL:** Unsere Frage ist eher, ob die Pläne mit den geltenden Verträgen vereinbar und damit legal sind.



US-Präsident Obama: „Ich habe keinen Anruf von ihm bekommen“

**Weidmann:** Als Notenbank-Präsident ziehe ich es vor, ökonomisch zu argumentieren. Über die rechtliche Bewertung möchte ich mich hier nicht auslassen. Mir geht es darum, eine gut begründete, langfristige tragfähige Haltung einzunehmen. Hinzu kommt: Wir sollten die Gefahr nicht unterschätzen, dass Notenbankfinanzierung süchtig machen kann wie eine Droge.

**SPIEGEL:** Draghi will aber nur dann Geld geben, wenn ein Land sich einem strikten Reformprogramm unterzieht. Ist das nicht ein Weg, Hilfe zu leisten, ohne Blankoschecks auszustellen?

**Weidmann:** Das ist ja auf den ersten Blick auch eine gute Idee. Aber auf den zweiten Blick fällt auf, dass es auf abgestimmte Aktionen der staatlichen Rettungsschirme und der Notenbank hinausläuft. Dadurch entsteht eine Verknüpfung von Fiskal- und Geldpolitik.

**SPIEGEL:** Nach den Plänen würde die EZB aber nur dann einschreiten, wenn bestimmte Zinsobergrenzen überschritten sind – unabhängig davon, was die Politik sagt. Damit wären die Spielregeln doch klar.

**Weidmann:** Ich werde hier nicht aus laufenden Diskussionen berichten. Zinssätze für Staatsanleihen im EZB-Rat festzusetzen wäre für mich jedenfalls eine heikle Vorstellung.

**SPIEGEL:** Mit dieser Meinung stehen Sie derzeit im Zentralbankrat, in dem die Notenbank-Chefs über die Geldpolitik entscheiden, recht allein da.

**Weidmann:** Ich glaube kaum, dass ich der Einzige bin, der dabei Bauchschmerzen bekommt.

**SPIEGEL:** Viele Ihrer Notenbank-Kollegen aber zeigen sich zunehmend genervt vom ewigen Einspruch der Bundesbank. EZB-Chef Draghi hat Sie zuletzt öffentlich als Gegner seiner Pläne geoutet. Ist das nicht ein Tabubruch?

**Weidmann:** Im Gegenteil, ich halte Transparenz in der aktuellen Situation für wichtig. Wir Notenbankler agieren derzeit in einem Grenzbereich, und dabei treten immer mehr grundlegende Fragen auf. Deshalb müssen wir auch bereit sein, unsere Überzeugungen, die wir im Rat vertreten, öffentlich zu erläutern.

**SPIEGEL:** Bisher galt es als Tabu, interne Diskussionen nach außen zu tragen.

**Weidmann:** Der EZB-Rat ist kein Politbüro. In den USA werden die Protokolle der Notenbank-Sitzungen sogar veröffentlicht.

**SPIEGEL:** Können Sie wenigstens sicher sein, dass die deutsche Regierung in dieser Frage hinter Ihnen steht?

**Weidmann:** Ich vertrete die Positionen, die ich als Bundesbank-Präsident und Mitglied des EZB-Rats für richtig halte. Dabei orientiere ich mich nicht an der Haltung der Bundesregierung. Das gehört zur Unabhängigkeit.

**SPIEGEL:** Inzwischen fragen selbst Regierungsmitglieder wie der finnische Ministerpräsident in aller Öffentlichkeit, ob die Währungsunion auf diesem Weg überhaupt noch gerettet werden kann. Ist die Euro-Rettung gescheitert?

**Weidmann:** Für solche Befürchtungen sehe ich keinen Grund. Die Regierungschefs haben sich doch erst zuletzt klar zum Euro bekannt, und ich gehe fest davon aus, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und Taten folgen lassen. Irland

und Portugal haben bei ihren Reformen bereits bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Auch die Maßnahmen in Spanien und Italien bewerte ich positiv. Für Notfälle sind fiskalische Rettungsmechanismen vorhanden, die Politik kann über Ausgestaltung und Volumen entscheiden. Sie kann, in der richtigen Reihenfolge, weitere Integrationsschritte angehen. All das geht. Womit ich nicht übereinstimme, ist, dass in dieser Krise von manchen der Eindruck vermittelt wird, als gäbe es nur noch die Notenbank, die einen für kritisch erachteten Zinsanstieg verhindern kann. Der beste Weg, um Zinsen nachhaltig zu reduzieren, ist die entschlossene Umsetzung von Versprechen und Vereinbarungen.

**SPIEGEL:** Ziemlich ungünstig sieht es allerdings in jenem Land aus, in dem die Euro-Krise einst begann. Nächsten Monat muss die Troika in Griechenland darüber entscheiden, ob sie die nächste Kredit-Tranche auszahlt. Sehen Sie noch eine Chance für das Land?

**Weidmann:** Warten wir doch erst einmal den Bericht der Troika ab.

**SPIEGEL:** Was, wenn die Kontrolleure zu dem Schluss kommen, dass Griechenland die Sparmaßnahmen vernachlässigt hat? Müssen wir das Land dann pleitegehen lassen?

**Weidmann:** Das ist eine Entscheidung der hilfegebenden Mitgliedstaaten und von Griechenland selbst. Sie hat zahlreiche, nicht nur ökonomische Facetten. Dabei muss aber sicherlich auch eine Rolle spielen, dass kein weiterer Vertrauensschaden am Rahmenwerk der Währungsunion entsteht und die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Hilfsprogramme ihre Glaubwürdigkeit behalten.

**SPIEGEL:** Warum?

**Weidmann:** Ich bezweifle, dass andernfalls der Regierungschef eines anderen Programmlandes in seinem Parlament noch für Sparmaßnahmen werben kann.

**SPIEGEL:** Sie geben im EZB-Rat derzeit den letzten Mohikaner deutscher Stabilitätsvorstellungen. Wussten Sie, worauf Sie sich einlassen, als Sie vergangenes Jahr angefangen haben?

**Weidmann:** Ich wusste, welche Situation mich erwartet. Aber ich bin der Überzeugung, dass es sich lohnt, für Geldwertstabilität einzutreten und den langfristigen Erfolg des Euro im Blick zu behalten.

**SPIEGEL:** Derzeit müssen Sie allerdings kräftig einstecken. Werden Sie am Ende genauso zurücktreten wie die deutschen Notenbanker Axel Weber und Jürgen Stark?

**Weidmann:** Ich kann meiner Aufgabe am besten gerecht werden, wenn ich im Amt bleibe. Ich will dafür arbeiten, dass der Euro genauso hart bleibt, wie die Mark es war.

**SPIEGEL:** Herr Weidmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Weidmann beim SPIEGEL-Gespräch: „Ich war keineswegs allein“

\* Mit den Redakteuren Michael Sauga, Georg Mascolo und Anne Seith in Frankfurt am Main.